

Niederschrift

über die in der 6. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Strukturplanung am 10.11.2015 im Prinz-Moritz-Saal des Kreishauses in Kleve (Raum E.159) gefassten Beschlüsse

Beginn der Sitzung : 16:00 Uhr
Ende der Sitzung : 17:20 Uhr

anwesend sind:

Düllings, Paul	Issum
Klinkhammer, Robert	Rees
von Elverfeldt, Max	Weeze
Palmen, Manfred	Kleve
Papen, Hans-Hugo	Rheurdt
Poell, Peter	Goch
Selders, Hannes	Kevelaer
Wolters, Stephan	Geldern
Eicker, Sigrid	Geldern
Friedmann, Peter	Rees
van Ooyen, Alfons	Weeze
Weber, Otto (Vorsitzender)	Straelen
Dr. Prior, Helmut	Kleve
Wesser, Helmut	Rees
Maes, Georg (bis 16.40 Uhr)	Bedburg-Hau
Peters, Michael	Kleve
Habicht, Kai	Kerken

entschuldigt sind

Jessner, Udo	Emmerich
Preußner, Jürgen	Geldern
Hünerbein-Ahlers, Ulrich	Kevelaer

anwesend sind von der Verwaltung

Spreen, Wolfgang
Dr. Reynders, Hermann
Bäumen, Thomas
Hermsen, Ralf (als Schriftführer)

Der Vorsitzende begrüßt zu Beginn der Sitzung die Mitglieder des Ausschusses und die Vertreter der Verwaltung. Besucher und Vertreter der Presse sind nicht anwesend.

Er stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung und Information der Öffentlichkeit ordnungsgemäß erfolgt sind und der Ausschuss für Umwelt und Strukturplanung beschlussfähig ist.

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Die Frage des Vorsitzenden an die Ausschussmitglieder, ob sich jemand im Sinne der gesetzlichen Ausschlussgründe zu einem Tagesordnungspunkt oder Beratungsgegenstand für befangen hält, wird von allen Ausschussmitgliedern verneint.

Da Herr Hünerbein-Ahlers entschuldigt ist und die Niederschrift nicht mitunterzeichnen kann, schlägt Herr Weber Herrn Dr. Prior als Mitunterzeichnenden vor. Der Ausschuss stimmt zu.

Im weiteren Verlauf der Sitzung begrüßt Herr Weber um 16.15 Uhr eine Vertreterin der Presse sowie auch den etwas später eintreffenden Freiherrn von Elverfeldt. Herr Maes hat vor Beginn der Sitzung angekündigt, dass er um 16.40 Uhr gehen müsse. Ab Tagesordnungspunkt 4 war er daher nicht mehr anwesend.

Öffentliche Sitzung

1. **Geschäftsführung;**
Bestellung eines Schriftführers 329/WP14
2. **Anpassung eines Landschaftsplans des Kreises Kleve an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Rees im Zusammenhang mit der Ausweisung von Konzentrationszonen für Windenergie;**
Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 4: Rees; 4. Änderung 312/WP14
3. **Anpassung von Landschaftsplänen des Kreises Kleve an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Kevelaer im Zusammenhang mit der Ausweisung von Konzentrationszonen für Windenergie;**
Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 10: Weeze; 4. Änderung
Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 11: Kevelaer; 6. Änderung 313/WP14
4. **Radverkehr;**
Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 17.09.2015 328/WP14
5. **Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen (LEP NRW);**
Information über den Sachstand und
Antrag der Kreistagsfraktionen B90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE/PIRATEN vom 22.10.2015 330/WP14
6. **Mitteilungen**
7. **Anfragen**

Nichtöffentliche Sitzung

1. **Mitteilungen**
2. **Anfragen**

Öffentliche Sitzung

Zu Punkt 1 der Tagesordnung: 329/WP14

Geschäftsführung;

Bestellung eines Schriftführers

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Zur Aufnahme der Niederschrift über die Beschlüsse des Ausschusses für Umwelt und Strukturplanung wird Herr Ralf Hermsen zum Schriftführer bestellt.

Herr Weber bittet die Vertreter der Verwaltung, dem bisherigen Schriftführer, Herrn Hermanns, seinen Dank für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren zu übermitteln und ihm ein von Herrn Weber mitgebrachtes Präsent zu überreichen.

Anpassung eines Landschaftsplans des Kreises Kleve an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Rees im Zusammenhang mit der Ausweisung von Konzentrationszonen für Windenergie;

Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 4: Rees; 4. Änderung

Herr Dr. Reynders erläutert die Verwaltungsvorlage und verweist auf das mehrheitlich positive Abstimmungsergebnis in der Sitzung des Beirates bei der unteren Landschaftsbehörde.

Frau Eicker erklärt, dass ihre Partei dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Sie bittet ergänzend um eine Einschätzung, ob die in der Stellungnahme der Bezirksregierung geäußerten Bedenken ausgeräumt worden seien und wieso die Frage des vereinfachten Verfahrens, das für andere Bereiche akzeptiert worden sei, erneut thematisiert würde.

Herr Dr. Reynders antwortet, dass die von ihr angesprochenen Bedenken geprüft worden seien und verweist diesbezüglich auf die ausgeweitete Synopse sowie auf die vertiefende artenschutzrechtliche Prüfung. Er merkt an, dass die Bezirksregierung der Argumentation des Kreises zugänglich gewesen sei und vor dem Hintergrund der zwischenzeitlich erfolgten Anpassungen das Verfahren nun auf der Linie der „alten Verfahren“, d. h. im vereinfachten Verfahren, fortgeführt werden könne.

Herr Habicht ist der Auffassung, dass der Abstand zu einem bebauten Grundstück nicht ausreichend sei und auch die Fragen zum Artenschutz nicht hinreichend beantwortet seien. Zudem erkundigt er sich nach den Gründen für die 5 Gegenstimmen in der Beiratssitzung.

Herr Dr. Reynders führt hierzu aus, dass es im Wesentlichen die visuellen Auswirkungen -und weniger die artenschutzrechtlichen Belange waren- die zu den 5 Gegenstimmen geführt hätten. Die Bedenken seien im Verfahren intensiv behandelt worden. Eine abschließende Auseinandersetzung mit den artenschutzrechtlichen Belangen könne erst im konkreten Antragsverfahren erfolgen.

Herr Düllings begrüßt das Vorankommen in den planungsrechtlichen Verfahren. Allerdings stelle sich die Frage, ob die von der Bezirksregierung angesprochenen „personellen Kapazitäten“ nicht noch zu einer Verzögerung führen könnten. Vor dem Hintergrund der erfolgten landesplanerischen Abstimmung entgegnet Herr Dr. Reynders, dass hiervon nicht auszugehen sei. Da keine landesplanerischen Bedenken geäußert worden seien, bestünden keine Zweifel an einem zügigen weiteren Verfahrensablauf.

Herr Weber weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass auch die Bezirksregierung Fristen einhalten müsse und bereits insoweit Verzögerungen auszuschließen seien.

Es folgt eine Grundsatzdiskussion über die Langwierigkeit der Genehmigungsverfahren für Konzentrationszonen und Windkraftanlagen, in der auch weitere Problempunkte wie Infraschall und die Einhaltung der Vorgaben zur zeitlichen Umsetzung zur Energiewende angesprochen werden.

Herr Selders sowie Herr Weber beenden die Diskussion mit dem Hinweis, dass weder der Bezirksregierung noch dem Kreis Kleve ein Vorwurf in der Abwicklung der Verfahren gemacht werden könne. Vielmehr habe immer erkennbar das Interesse an einem zügigen Verfahrensablauf im Vordergrund gestanden.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich bei einer Gegenstimme und 2 Enthaltungen.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 313/WP14

Anpassung von Landschaftsplänen des Kreises Kleve an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Kevelaer im Zusammenhang mit der Ausweisung von Konzentrationszonen für Windenergie;

Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 10: Weeze; 4. Änderung

Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 11: Kevelaer; 6. Änderung

Herr Dr. Reynders erläutert die Verwaltungsvorlage. Er merkt an, dass auch hier die Bedenken wegen der Auswirkungen auf das Landschaftsbild im Vordergrund gestanden hätten. Welche Maßnahmen hinsichtlich der betroffenen Arten (Baumfalke und Wespenbussard) erforderlich würden, müsse im Rahmen der Detailplanung geprüft werden.

Herr Düllings weist auf die Diskussion zum vorherigen Tagesordnungspunkt hin, in der sämtliche Grundsatzfragen bereits angesprochen worden seien.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich bei einer Gegenstimme und 2 Enthaltungen.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 324/WP14

Radverkehr;

- Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 17.09.2015
-

Herr Dr. Prior erklärt, dass er die Mitgliedschaft des Kreises Kleve in der Arbeitsgemeinschaft (AGFS) für wichtig halte, da hiervon eine beachtliche „Zugferdwirkung“ ausginge. Auch zeige der prozentuale Anteil der in der AGFS vertretenen Kreise, dass es berechtigte Gründe für eine Mitgliedschaft geben müsse. Mit der Mitgliedschaft sei eine Tourismusförderung verbunden, die über reine Ausbau- und Unterhaltungsmaßnahmen hinausgingen. Es würden wünschenswerte Übergänge und Vernetzungen geschaffen. Als Beispiel sei die Einbindung des ÖPNV hinsichtlich der Möglichkeiten für eine Fahrradmitnahme genannt.

Herr Düllings kann hingegen keine Notwendigkeit für die Mitgliedschaft in der AGFS erkennen. Zu hinterfragen seien die Kosten und die sich aus der Mitgliedschaft ergebenden Vorteile. Zwar sei auf den ersten Blick der Jahresbeitrag nicht außergewöhnlich hoch, jedoch müsse sich immer die bereits bestehende Anzahl der Mitgliedschaften des Kreises Kleve vor Augen gehalten werden. Weiter müsse bedacht werden, dass die Arbeitsgemeinschaft lediglich Hilfestellungen geben könne und auch das Verhältnis von Einnahmen und Verwaltungsaufwand kritisch hinterfragt werden müsse. Ferner sei zu bedenken, dass sich die betroffenen Kreisstraßen im Außenbereich befinden, während sich die Frage der Vernetzung von Rad- und Fußwegen eher im innerörtlichen Bereich stelle. Gleiches gelte für die Einbindung des ÖPNV. Im Übrigen sei auch noch die Niederrhein Tourismus GmbH zu würdigen, die im Bereich des Fahrrad-Tourismus gute Arbeit leiste. Über den Teil des Antrags, der sich auf das Knotenpunktsystem beziehe, müsse seiner Ansicht nach nicht mehr abgestimmt werden, da dieser Punkt sich nach den Ausführungen in der Vorlage eigentlich bereits erledigt habe. Es bestünden jedoch auch keine Bedenken, wenn wie vorgeschlagen verfahren würde.

Frau Eicker weist auf den Antrag der SPD aus dem Jahr 2009 hin, der inhaltlich dem aktuellen Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN entsprach. Als „Fahrradregion“ solle ihrer Auffassung nach die Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft eine Selbstverständlichkeit sein. Positiv überrascht sei sie hingegen über die Fortschritte in der Umsetzung des Knotenpunktsystems.

Herr Spreen erläutert, dass aus seiner Sicht keine Vorteile aus einer Mitgliedschaft abgeleitet werden könnten. Die angesprochenen Vernetzungen seien auch zu realisieren, ohne Mitglied der AGFS zu sein. Zudem sei ihm nicht bekannt, dass eine Gemeinde an den Kreis Kleve herangetre-

ten sei um die Mitgliedschaft in der AGFS zu empfehlen. Er weist ergänzend darauf hin, dass zu den Voraussetzungen für die Realisierung des Knotenpunktsystems die in der Vorlage angesprochene Landeszuwendung gehöre.

Herr Friedmann merkt abschließend an, dass die in der Vorlage genannten „Kreisstraßennummern“ und „km-Angaben“ nur schwer nachvollziehbar seien. Für ähnliche Sachverhalte in der Zukunft wäre es hilfreich, wenn die Daten und Angaben in einer Karte visuell dargestellt werden könnten.

Vor der Abstimmung merkt Herr Weber an, dass der Beschlussvorschlag sich auf den Antrag beziehen müsse und daher über die 2 Punkte getrennt abzustimmen sei.

In der anschließenden Abstimmung wird der Antrag zu Punkt 1 „Bewerbung zur Aufnahme als Mitglied der AGFS“ mehrheitlich bei 9 Gegenstimmen abgelehnt. Dem Antrag zu Punkt 2 „Knotenpunktsystem im Kreis Kleve“ wird einstimmig entsprochen.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 330/WP14

Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen (LEP NRW);

Information über den Sachstand und

- Antrag der Kreistagsfraktionen B90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE/PIRATEN vom 22.10.2015
-

Herr Dr. Prior weist als Vertreter der Antragsteller darauf hin, dass nicht bekannt sei, ob und inwieweit die von der Verwaltung angekündigte neue Stellungnahme zu den geänderten Teilen des LEP-Entwurfs vom vorgelegten Antrag der Kreistagsfraktionen B90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE/PIRATEN abweiche.

In der sich anschließenden Diskussion wird deutlich, dass eine entsprechende Meinungsbildung erst auf der Grundlage der für die Kreistagssitzung am 10.12.2015 vorgesehenen Vorlage der „Entwurfs-Beschlussfassung“ erfolgen kann.

Herr Dr. Prior erklärt abschließend, dass er die in der Vorlage enthaltene Zusage, weiterhin einen restriktiven Umgang mit Kies und Sand einzufordern, insoweit als Versprechen betrachte und zieht den Antrag zurück.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Mitteilungen;

Mitteilungen der Verwaltung liegen nicht vor.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

Anfragen

Herr Friedmann erkundigt sich nach dem Sachstand hinsichtlich des Mediationsverfahrens „zur Reaktivierung der Bahnstrecke Kleve - Nijmegen“ und stellt die Frage, ob bereits eine Abstimmung mit den Kommunen erfolgt sei.

Herr Spreen erläutert, dass man seinerzeit mit den „Anrainer-Bürgermeistern“ gesprochen habe. Auch habe sich Herr Kamps von der EUREGIO bereit erklärt, am Mediationsverfahren teilzunehmen. Aufgrund der letzten Wahlen habe es in einigen Kommunen -sowohl auf deutscher als auch auf niederländischer Seite- Führungswechsel gegeben. Einige Verwaltungsspitzen müssten sich

daher noch mit dem Thema beschäftigen. Erst anschließend könne geklärt werden, wer am Mediationsverfahren teilnimmt.

Frau Eicker fragt, ob die Verwaltung zu 2 Presseartikeln nähere Informationen geben könne.

1. Windkraft in Issum

Dem diesbezüglichen Presseartikel sei zu entnehmen, dass im Rahmen einer Bauausschusssitzung bei der Gemeinde Issum die Meinung geäußert worden sei, dass die Verfahren für Windkraftanlagen früher einfacher gewesen seien. Heute sei ein gesondertes Verfahren bei der Kreisverwaltung durchführen, was zu Verzögerungen führe.

2. Krisengipfel zum Niersexpress, Strecke des RE 10

Nach dem Presseartikel gebe es weiterhin Probleme auf der Strecke des RE 10. Nun soll sogar eine Teilung der Strecke in 2 Abschnitte im Gespräch sein. Frau Eicker stellt sich die Frage, wie dies realisiert werden solle.

Zu 1.:

Herr Dr. Reynders berichtet, dass er nicht an besagter Sitzung teilgenommen habe und ihm insofern keine Details bekannt seien.

Es handele sich um 3 Konzentrationszonen. Lediglich für den Bereich einer dieser Zonen bestünden sowohl seitens der ULB als auch seitens der höheren Landschaftsbehörde Bedenken, da es sich um ein bislang unbelastetes Gebiet handele. Eine Verfahrensbeschleunigung solle dadurch erreicht werden, dass man die „unproblematischen“ Konzentrationszonen separat behandle.

Zu 2.:

Herr Spreen teilt mit, dass die Verwaltung eine schriftliche Antwort ausarbeiten wird.

Nachdem keine weiteren Anfragen zum öffentlichen Teil vorgetragen werden, stellt der Vorsitzende die Nichtöffentlichkeit der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Strukturplanung her. Die anschließende Nachfrage des Vorsitzenden nach Mitteilungen und Anfragen zum nichtöffentlichen Teil der Sitzung werden verneint, so dass er um 17.20 Uhr die Sitzung mit Hinweis auf die für den **08.03.2016** vorgesehene nächste Sitzung schließt. Als weitere Sitzungstermine im kommenden Jahr sind der 31.05.2016, der 06.09.2016 sowie der 08.11.2016 vorgesehen.

Hermesen
(Schriftführer)

Weber
(Vorsitzender)

Dr. Prior
(Mitglied)